



Fracking vom Tisch?

Bundesregierung will neues Gesetz beschließen

SPD und CDU wollen bundesweit das „Fracking“ verbieten. Fracking ist eine Methode mit der man in großen Tiefen mit Hilfe von Wasser, Sand und giftigen Chemikalien Schiefergas an die Oberfläche pressen kann. Dieses Gas ist ein fossiler Energieträger, der bei der Verbrennung, ähnlich wie Kohle, Öl oder Erdgas CO₂ freisetzt. Damit gehört diese Energie zu den Energieträgern, die schon bei der Gewinnung als auch beim anschließenden Gebrauch umweltzerstörerisch sind und die Klimaerwärmung auf unserem Planeten weiter anheizen. Außerdem zerstört „Fracking“ schon bei der Gewinnung das Grundwasser und auch großflächig die Erdoberfläche rund um die Bohrstelle. - Fortsetzung Seite 2 -

Das ENDE einer Idee?!

Wenn Europa scheitert, dann scheitern wir alle! - CETA und TTIP sind nur die Lunte am Pulverfass

Es scheint heute Mode zu sein, die Europäische Union für alles verantwortlich zu machen und an allem herumzunörgeln. Ob die vorgeschriebene Krümmung der Gurken oder das Verbot von Glühlampen, alles muss erhalten, um sein Mütchen an der EU zu kühlen. Kein Wort darüber, dass die Gurkenfrage auf Betreiben der europäischen Handelskonzerne gelöst werden musste, da man dort der Meinung

Häufig nur banale Kritik

ist, dass eine bestimmte Krümmung das Einlagern und Transportieren von Gurken kostengünstiger machen würde. Das Verbot der Glühbirnen sollte eine höhere Energieeffizienz bewirken. In vielen Fällen kann man darüber sicherlich anderer Meinung sein, man muss aber nicht. Im Grunde genommen sind es nur zu vernachlässigende Nebenschauplätze, die jetzt zum Sturm auf die EU genutzt werden. Seit ihrer Entstehung bemühen sich Nichtmitglieder häufig um den Beitritt zu einem Wirtschaftsgebiet, das ihnen sehr viel Vorteile verschafft. Aber wie das so ist: die Solidarität der Gemeinschaft in Anspruch nehmen ohne selbst auch solidarisch zu handeln, das funktioniert nicht. Welche Bedeutung die

EU im ökonomischen Bereich hat, ist vielen häufig gar nicht bekannt. Als europäischer Wirtschaftsraum hat sie in der Zukunft die Chance, auch gegen wirtschaftliche Supermächte wie die Volksrepublik China und andere zur Zeit noch im Wachsen begriffene Länder wie Indien oder Indonesien besser zu bestehen. Sollte die Idee eines geeinten Europas, fallen gelassen werden, dann werden es wirtschaftlich kleinere und schwächere Staa-

gemeinsame Ökonomie von großer Bedeutung

ten zunehmend mit wachsenden Problemen angesichts der ökonomischen Dominanz größerer Länder schwer haben, ihre Interessen durchzusetzen. Wenn man schon nicht mehr an die Vision eines geeinten Europas glaubt und daran festhalten will, wäre der Gedanke an die Ökonomie der kleinste gemeinsame Nenner und könnte eine Versachlichung der Diskussion zur Folge haben. Sicher, die EU ist in der derzeitigen politischen Konstitution kein Ideal einer Vereinigung. Zuviel blockieren sich EU-Kommission und EU-Parlament gegenseitig selbst, da man bis heute nicht verstanden hat, die

politischen Entscheidungen dem einzigen demokratisch gewählten Organ der EU, nämlich dem Europaparlament, komplett zu übertragen. Dort und nur dort sollten die Entscheidungen der EU getroffen werden. Solange die bestehenden Verhältnisse nicht grundlegend zugunsten des EU-Parlamentes verändert werden, solange werden sich auch zukünftig kaum mehr Bürger an den Europawahlen beteiligen. Und genau deswegen besteht die Gefahr, dass sich die Gemeinschaft eines Tages selbst zerlegen wird. Und das aus Überdross der Bürger, die häufig nicht den Eindruck haben, dass das Parlament der EU die Interessen der Bürger vertritt. Uns da kommt die nächste ungeheure Gefahr für die Einheit Europas ins Spiel. Die Freihandelsverträge CETA (EU-Kanada) und

Stärkung des Parlaments

TTIP (EU-USA) werden, sofern sie verabschiedet werden, die demokratischen Institutionen der EU und ihrer einzelnen Staaten nachhaltig zerstören. Wenn die Bevölkerungen der EU zunehmend den Eindruck haben, dass ihnen solche Verträge quasi ohne Einflussnahme aufgezwungen werden, so werden die EU-Gegner in den einzelnen

Staaten gestärkt. CETA und TTIP sind in ihrer Grundanlage so sehr auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten, dass für Demokratie und einen vernünftig finanzierten und funktionierenden Sozialstaat keine Möglichkeit der Existenz vorhanden ist. Wenn den Bürger etwas zur Staatsverdrossenheit führt, dann die von der Politik immer wieder gern bemühte Floskel der „Alternativlosigkeit von politischen Aktionen“. Alternativlos ist etwas nur, wenn man das will. Da gibt es nichts daran zu herumzudeuten. Wer immer nur schwarz sieht, sowohl auf Seiten der Politik als auch auf Seiten der Bürger, der macht das Ding der EU-Gegner, der puscht die rechtsnationalen, teilweise faschistischen Gruppierungen in Europa nach oben. Solche Typen entblöden sich nicht die Schuld am Untergang des Abendlandes dort zu suchen, um damit Stimmungen anzuheizen, die einer demokratischen Institution wie der EU nicht würdig sind. Die wirtschaftlichen

nicht demokratisch

Großmächte, darunter auch die EU haben oft mit ihrer falschen Politik alles dafür getan, dass die Flüchtlinge kommen. -JoachimF. Gogoll-

Fracking vom Tisch?!

Auf den ersten Blick ist man überrascht, dass ausgerechnet die große Koalition das Fracking verbieten will. Aber nur auf den Ersten. Was so beiläufig während der Fußball-



europameisterschaft als Gesetz beabsichtigt ist, dient möglicherweise nur als eine großes Ablenkungsmanöver. Wie zufällig haben die Fracking Unternehmen erst in der vorigen Woche gedroht, das Moratorium zum Thema „Fracking“ zu brechen. Sie forderten die Bundes-

private Schiedsgerichte

regierung auf, ein Gesetzpaket zu verabschieden, das das Fracken in der Bundesrepublik erlaubt. Ansonsten drohten sie damit, das lokal angewendete Frackingverbot per Gerichtsbeschluss zu durchbrechen. Das beabsichtigte Gesetz soll angeblich das Fracken untersagen. So weit, so gut. Niemand scheint Notiz davon zu nehmen, dass spätestens nach der Verabschiedung der beiden Freihandelsabkommen CETA und TTIP das Frackingverbot von den Gasbohrunternehmen unterlaufen wird. Wie so häufig steckt der Teufel im Detail. Die gleiche Regierung in Berlin, die sich angeblich gegen Fracking positioniert hat, könnte nach dem Abschluss von CETA und TTIP ein böses Erwachen haben. Dann nämlich, wenn die EU-Kommission die Investorenschutzklausel der beiden Verträge nicht streicht, kann eigentlich zukünftig niemand daran gehindert werden, unter Berufung auf diese Klausel vor Schiedsgerichten Schadensersatzforderungen gegen die Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen, sollte das Fracking verboten werden. Da bisher laut

Termine

Am 7.7.2016 von 10 bis 12 Uhr Infostand in Sen-den gegen TTIP, CETA und TiSA.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

jfgogoll(at)aol.com

Fortsetzung von Seite 1

Vertragstext dafür Schiedsgerichte angerufen werden müssten, steht es um die Schadenserstzansprüche für die Investoren nicht schlecht. Egal welche Normen vor den Freihandelsverträgen in dem jeweiligen Land gültig sind, mit CETA und TTIP können diese auf Betreiben der Wirtschaft ausgehebelt werden. Freihandel dient ausschließlich den Interessen der Wirtschaft und nicht denen der Menschen. Alles wird

CETA/TTIP hebeln Verbote aus

den Forderungen nach mehr wirtschaftlichem Erfolg untergeordnet. Das gilt für alle Bereiche unseres täglichen Lebens. Normen und Bestimmungen, die heute und in der Vergangenheit durch unsere Parlamente beschlossen wurden, stehen nach der Vertragsratifizierung sofort unter dem Druck, der ökonomischen Effizienz alles unterzuordnen, was stören könnte und eine Gewinnmaximierung verhindern würde. Nach den ersten Informationen sollen in den sogenannten Frackinggebieten trotz Verbots Probebohrungen erlaubt sein. Warum das denn wohl? Solche Bohrungen machen nur Sinn, wenn auch tatsächlich irgendwann mal in Zukunft dort nach dem Schiefergas gebohrt werden soll, sollten die Lagerstätten durch die Probebohrungen als ergiebig bestätigt werden. Ein möglicher Investor würde trotz Verbotes Schadensersatzforderungen wegen entgangenen Gewinns gegen die

warum Probebohrungen?

Bundesrepublik geltend machen. Nördlich von Havixbeck im Kreis Steinfurt soll gefrackt werden. Ein ähnliches Verfahren wie das Fracking, das sogenannte Kohlegasbohren wird von der Firma HammGas im Südosten des Kreis Coesfeld in Ascheberg angewendet. Im Fall von Kohlegasbohrungen wird allerdings auf den Einsatz von Chemie verzichtet. Dennoch ist das Wasser, welches in den Untergrund gepresst wird, ebenfalls bei dem Bohren und Fördern von Kohlegas durch Schadstoffe vergiftet. Auch hier ist das Ergebnis eine großflächige Vergiftung des Wassers und damit der Umwelt. -imgo-

Hätten Sie es gewusst? Kleines Wirtschafts- rätsel

Was ist das?

Ich besitze es nicht, weil es nicht existiert. Trotzdem kann ich es verkaufen und viel Geld damit verdienen.

Keine Schande, wenn Sie es nicht wissen. Man nennt das „nicht gedeckte Leerverkäufe“. In unserem Wirtschaftssystem geht das. Echt Wahnsinn - nicht wahr?

Stellen Sie sich vor, sie besitzen kein Haus und verkaufen es dann an jemanden, der dafür bereit ist, Geld auszugeben. Wenn der dann noch bezahlt, dann haben sie dieses perverse System verstanden. Chapeau!

CETA - ein Monstrum

CETA das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada hat es in sich. CETA ist, sollte es von den Ländern der EU ratifiziert werden, ein Vertrag aus dem es keinen Entkommen geben wird. Laut Vertragstext ist festgelegt, dass sich im Falle der Auflösung des Vertrages die Sonderklagerechte der Investoren noch 20 weitere Jahre gültig sein werden. Das bedeutet im Ernstfall: sollte die Politik nach einer ersten Euphorie plötzlich die Erkenntnis bekommen, dass das mit CETA doch nicht so positiv für die einzelnen an dem Vertrag beteiligten Länder sein würde, dann würden trotzdem die Investoren weiter Anspruch auf Schadensersatz aus dem Investorenschutz Paragraphen haben. Vertragslaufzeit beendet - Investorenschutz besteht weiter. Wenn man sich dann weiter mit dem Vertrag beschäftigt dann wird man lesen können, dass CETA auch ein „lebendes Abkommen“ genannt wird. Der Grund dafür sind die im Vertragstext festgelegten „Regulierungsrate“. Diese bestehen aus Mitarbeitern verschiedener Behörden der EU und Kanadas und haben die Aufgabe, zukünftige Gesetze vorhaben und sich bereits sich in Kraft befindende Gesetze darauf zu überprüfen, inwieweit Wirtschafts- und Handelsinteressen beeinträchtigt würden. (www.attac.de). Was soll an einem solchen Vertrag irgendwie positiv sein? -fw-

Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

TiSA = Trade in Services Agreement

**Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!
noch Fragen?**

www.attac-coe.de

Kommentar
von Joachim F. Gogoll

Die EU am Scheideweg

So wie es aussieht ist Großbritannien draußen. Für mich war und ist von meinem 16. Lebensjahr die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ eine echte politische Zielsetzung. Der Brexit ist ein herber Rückschlag. Als Jugendlicher hatte ich von dieser Idee gehört und war von Anfang an davon begeistert. Klar, ein vereinigtes Europa, das war es doch. Kein Krieg, Wohlfahrt für alle, keine Grenzkontrollen, alles das waren damals die Beweggründe für mich dafür zu sein. Es gab damals die kleine überschauliche EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). So kurz nach dem 2. Weltkrieg erschien mir das die Möglichkeit zu sein, für die Zukunft etwas positives bewegen zu können. Und dann ging es ja auch los. Wirtschaftlich gesehen ging es den beteiligten Staaten alles in allem immer besser. Die EWG wurde in eine EU umbenannt, als immer mehr Staaten dieser Gemeinschaft beitraten. Es kam das europäische Parlament. Wir Bürger konnten wählen. Aber schon da wurde die Lunte gelegt, die heute zum Austritt der Briten geführt hat. Das EU-Parlament wurde nicht wirklich ein Parlament mit Entscheidungsbefugnissen wie zum Beispiel der Bundestag. Zu sehr hatten die einzelnen Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, das Bedürfnis, diesem EU-Parlament nicht eine solche Machtbefugnis zu geben. Die EU-Kommission, also die Regierungschefs der einzelnen Mitgliedsländer, hatte und hat noch heute bei den wichtigsten Entscheidungen das letzte Wort. Allzuschnell hatten wir EU-Einheits-Befürworter vergessen, dass die EU als eine Wirtschaftsgemeinschaft geplant und angelegt ist. Von einer echten politischen Gemeinschaft, die sich darum bemühen sollte, die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu gründen, war allenfalls nur in den Hinterzimmern Brüssels die Rede, aber nicht wirklich in den einzelnen Staaten selbst. Und dann geschah das, was in solchen Fällen häufig geschieht. Die EU wuchs und arbeitete weiter, ohne sich darüber ernsthaft Gedanken zu machen, was mal eines Tages aus ihr werden sollte. Und jetzt zeigt sich, dass das nicht sehr geschickt war.

